

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
 4509 Solothurn  
 Telefon 032 627 20 79  
 Telefax 032 627 22 69  
 pd@sk.so.ch  
 www.parlament.so.ch

A 187/2007 (BJD)

**Auftrag Fraktion CVP/EVP: Umsetzung der Agglomerationsprogramme und Schaffung regionaler Trägerschaften (04.12.2007)**

Der Regierungsrat wird aufgefordert, in einem Konzept aufzuzeigen, mit welchen regionalen Trägerschaften die ausgearbeiteten Agglomerationsprogramme umgesetzt werden sollen. Im Weiteren soll der Regierungsrat prüfen, welche gesetzlichen Grundlagen für diese Trägerschaften benötigt werden und wie sich die Schaffung der Trägerschaften mit den Anliegen der Gemeindeautonomie und den sonstigen im Aufbau begriffenen regionalen Trägerschaften vereinbaren lässt.

*Begründung (04.12.2007):* schriftlich.

Im Rahmen des Infrastrukturfondsgesetzes (IFG) des Bundes beantragen die Kantone im Rahmen von Agglomerationsprogrammen Beiträge an Massnahmen zur Verbesserung von Verkehrsinfrastruktur in Städten und Agglomerationen. Mit den Agglomerationsprogrammen Solothurn, Netzstadt OltenAarauZofingen und Basel liegen für den Kanton Solothurn drei Programme vor, welche zu Beiträgen des Bundes berechtigen.

Als weitere Bedingung für Bundesbeiträge wird neben der Existenz eines Agglomerationsprogramms von den Agglomerationen eine zweckmässige Organisation in einer Trägerschaft verlangt. Um in den Genuss der umfangreichen Bundesmittel kommen zu können, ist eine schnelle und unkomplizierte Gründung dieser Trägerschaften unabdingbar. Deshalb ist es sehr wichtig, dass die Regierung eine entsprechende Strategie zur Hand hat.

Gleichzeitig führt die Schaffung regionaler Trägerschaften häufig zu Ängsten um Einschränkungen der Gemeindeautonomie. Diese Ängste können die unbedingt benötigte Trägerschaft verhindern und somit die Auslösung der Gelder verunmöglichen. Die Regierung soll abklären, ob es nötig und möglich ist, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, aufgrund derer Gemeinden (im Sinne einer Ultima Ratio) im Gesamtinteresse der Agglomerationen zur Mitarbeit in einer solchen Trägerschaft gezwungen werden können.

Parallel zur Schaffung dieser Trägerschaften werden im Kanton Solothurn derzeit verschiedene anderer regionale Körperschaften aufgebaut (z.B. Sozialregionen, Schulkreise, Zweckverbände für Zivilschutz, Spitex, etc.). Sowohl der Perimeter als auch die Organe dieser Körperschaften sind nicht deckungsgleich. Je länger, je mehr wird so auf einer Ebene oberhalb der Gemeinden eine Verwaltungsebene geschaffen, die wenig Kontrolle durch die Gemeinden, dafür aber hohen administrativen Aufwand mit sich bringt. Die Regierung sollte deshalb eine koordinierte Schaffung dieser Körperschaften anstreben und den Föderalismus im Kanton Solothurn stärken, indem sie sich frühzeitig und grundsätzlich Gedanken zu den regionalen Strukturen unseres Kantons macht.

*Unterschriften:* 1. Stefan Müller, 2. Theophil Frey, 3. Rolf Späti, Konrad Imbach, Chantal Stucki, Edith Hänggi, Roland Heim, Hans Ruedi Hänggi, Hans Abt, Willy Hafner, Silvia Meister, Beat

Allemann, Susan von Sury-Thomas, Alfons Ernst, Kurt Friedli, Roland Fürst, Thomas A. Müller. (17)